

PRESSEMITTEILUNG

4. Februar 2014

Niedersächsische Landjugend hält Rentenpläne der großen Koalition für ungerecht

Bundesregierung verabschiedet Rentenreform zuungunsten junger Generation

Hat die neue Regierung zunächst lange gebraucht, sich zu formieren, macht sie – kaum im Amt – gleich Nägel mit Köpfen und verabschiedet eine Rentenreform, die mehr Geld im Alter verspricht. So soll es unter anderem bald Mütterrente geben und ArbeitnehmerInnen sollen nach 45 Beitragsjahren bereits ab 63 Rente erhalten. All das klingt zunächst mal erfreulich, doch stellt sich auch die Frage, wer dies bezahlen soll?

Finanziert sich die Rente über die Beitragszahlung der noch arbeitenden Bevölkerung, wird schnell klar, dass die Jüngeren für die Zeche aufkommen müssen. Die Niedersächsische Landjugend (NLJ) ist der Ansicht, dass dies zu kurzfristig gedacht ist und junge Menschen benachteiligt. Denn zum einen haben junge Menschen aufgrund des demographischen Wandels nur dürftige Aussichten auf eine angemessene staatliche Rente und zum anderen lastet durch die Reform nun weitere Verantwortung auf ihren Schultern.

Zudem darf ein konstant bleibendes Eintrittsalter junger ArbeitnehmerInnen von heute kaum noch erwartet werden. Denn das Eintrittsalter wird nach aktuellen Planungen bis 2032 schrittweise auf 65 angehoben. Darüber hinaus werden die Mehrausgaben für die so genannte Mütterrente aus Mitteln der Deutschen Rentenversicherung genommen. Was ein weiteres Indiz für eine unfaire Reform darstellt. Denn gut verdienende Privatversicherte werden für die Mütterrente nicht belastet. So stellt sich der NLJ also die Frage nach dem sozialen Aspekt dieser Neuerung, die maßgeblich durch die Arbeitsministerin Andrea Nahles auf den Weg gebracht wurde. „Anstatt der Politikverdrossenheit jüngerer Generationen entgegen zu wirken, wird sie durch derartige Reformen wohl eher bestärkt. So werden die Mehrbelastungen von rund 160 Milliarden Euro bis 2030 an anderer Stelle fehlen. Zum Beispiel im Hinblick auf Zukunftsinvestitionen wie Kinderbetreuung oder auch für Mittel der außerschulischen Bildung für Jugendverbände“, so die Befürchtung der stellvertretenden NLJ-Landesvorsitzenden Johanna Kinast.

Die NLJ wird sich übrigens vom 20. bis 22. März auf den Weg in die Bundeshauptstadt machen. Hier sind die Arbeitskreise der NLJ unter anderem im Familienministerium eingeladen. Sicherlich eine Gelegenheit, die Rentenreform auch vor dem Hintergrund des Generationenvertrages noch einmal vor Ort kritisch zu hinterfragen.

Weitere Informationen über die Niedersächsische Landjugend gibt es auf www.nlj.de.